



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter
und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 1,- Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Die Unternehmer wollen ihre Ruhe haben!

Die Forderung der Gewerkschaften nach einem Notgesetz, das zur wirksameren Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Achtstundentag wiederherstellen soll, hat alsbald die Arbeitgeberverbände auf den Plan gerufen und zu einer öffentlichen Protestkundgebung veranlaßt. Damit nicht genug, haben die Unternehmer ihrem Protest eine Denkschrift folgen lassen, in der die Folgen einer Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages für die Produktion in den schwärzesten Farben geschildert werden sowie die Berechtigung der gewerkschaftlichen Kritik an den zurzeit bestehenden Zuständen bestritten wird. Im weiteren Verlauf ihrer Bemühungen, die gewerkschaftliche Forderung zu verhindern, haben sie dem Reichstanzler in persönlicher Aussprache ihre dagegen gerichteten Einwände vorgetragen, was diesen dazu veranlaßte, auch die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu hören.

Die Arbeitszeitfrage ist so zu einem der heftigsten innerpolitischen Probleme geworden, wobei sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände scharf gegenüberstehen, die einen auf ihrer Forderung beharrnd, die anderen dieselbe rücksichtslos ablehnend. Zwischen beiden steht unauflöslich die Reichsregierung, bemüht, durch eine Kompromißlösung aus der für sie entstandenen schwierigen Lage herauszukommen. Nach dem mit der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 gemachten Erfahrungen können sich die Gewerkschaften auf ein faules Kompromiß nicht einlassen, sondern müssen auf Erfüllung der von ihnen gestellten Forderung bestehen bleiben. Die bisher geltenden Ausnahmen der Arbeitszeitverordnung, die das heutige Ueberstundenwesen verursachen, müssen fallen. Der Achtstundentag darf nicht mehr Ausnahme sein, sondern muß zur Regel werden. Darüber werden schon in den nächsten Wochen Reichsregierung wie Reichstag die Entscheidung zu treffen haben. Bei den Arbeitnehmern liegt es, bis dahin ihre Forderung mit Nachdruck zu vertreten und keinen Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß es in dieser Frage bei ihnen keine Meinungsverschiedenheit und kein Abhandeln gibt.

Auf der Arbeitgeberseite sucht man bereits die Öffentlichkeit im gegenteiligen Sinne zu beeinflussen. Zu den dahingehenden Veröffentlichungen zählt auch ein Artikel des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte Paul Reusch in Nr. 46 der „Deutschen Wirtschaftszeitung“, in dem er ankündigt, rücksichtslos den roßigen Schleiter zu gerieren, der den ersten, von den Gewerkschaften nicht berücksichtigten Zustand der Wirtschaft verhält. Der Herr Generaldirektor macht sich in Gegenlag zu seiner Ankündigung die Beweisführung verhältnismäßig leicht, da er im wesentlichen nur das in der Denkschrift der Arbeitgeberverbände Ausgeführte wiederholt. Daneben stellt er lediglich die Behauptung auf, daß die deutsche Wirtschaft mit ihren sozialpolitischen Maßnahmen bis an die äußerste Grenze des Tragbaren gegangen ist, um den Massen der Arbeitnehmer in den Krisenjahre Beschäftigung und Brot zu sichern, damit die kategorische Forderung verbindend, von weiteren sozialpolitischen Experimenten Abstand zu nehmen und die deutsche Wirtschaft endlich einmal in Ruhe zu lassen!

Ueber die Lage der deutschen Wirtschaft ist man sich wohl allgemein klar und besonders in den Gewerkschaftskreisen wenig geneigt, sie mit optimistischen Augen anzusehen. Auch daß für die Wirtschaft ein gewisses Ruhebedürfnis besteht, wird dort nicht bestritten, wenngleich die Behauptung, daß die sozialpolitischen Leistungen der Wirtschaft für die Arbeitnehmer bereits an das Untragbare grenzen, nur ein Dächlein erwecken können. Wäre dem so, dann müßte die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer eine andere und bessere sein. Die Ausführung der Unternehmer-schrift wie des Herrn Reusch leiden an einer kleinen Begriffsverwechslung, indem sie die Wirtschaft mit dem Unternehmertum gleichstellen. Soweit sind wir denn doch nicht! Die Unternehmer sind nicht die Wirtschaft, sondern nur ein Teil derselben. Den anderen und

mindestens ebenso bedeutungsvollen Teil bilden die Arbeitnehmer. Hiernach besteht zwischen dem Ruhebedürfnis der Wirtschaft und dem der Unternehmer ein erheblicher Unterschied.

Was den Unternehmern frommt, dient nicht ohne weiteres den Arbeitnehmern oder der Wirtschaft zum Nutzen, kann vielmehr beiden zum schweren Nachteil gereichen. Das Ruhebedürfnis der Unternehmer besteht darin, von sozialpolitischen Maßnahmen verschont und in der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft nicht behindert zu werden. Dagegen wehren sich die Arbeitnehmer! Für sie gibt es kein Ruhebedürfnis, solange die Not an ihre Türen pocht, Millionen arbeitslos sind und jeder Tag das in ihren Reihen vorhandene Elend verschlimmert! Und in gleichem Maße kann auch die Wirtschaft nicht eher zur Ruhe kommen, bis wenigstens die schlimmsten sozialen Mißstände beseitigt sind und der Kampf der im wirtschaftlichen Betriebe gegeneinander stehenden Interessen einen gewissen Ausgleich herbeigeführt hat. Daß in der Arbeitszeitfrage die schlimmsten Mißstände bestehen, geht aus den von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vorgelegten Material unabweislich hervor. Allein nach einer von dem Deutschen Metallarbeiterverband vorgenommenen Statistik wurden in einer Woche in 50 Orten mit 234 Betrieben und 145 573 Arbeitern 1 167 751 Ueberstunden geleistet. Dabei sind in diesen 50 Orten 70 837 Erwerbslose vorhanden. Das gleiche findet sich im Bergbau, wo 10 bis 12 Ueberstunden im Monat keine Seltenheit bilden.

Solche Zustände schreien geradezu nach einer ausgleichenden Regelung. Die Unternehmer wollen diesen Ausgleich nicht und wehren sich gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. Diese ist noch zu allen Zeiten für sie untragbar gewesen. Das war schon so, als es sich um die Durchführung des Elfstundentages, später des Zehnstundentages handelte und wiederholt sich in gleicher Weise gegenüber der Forderung nach Einführung der achtfundigen Arbeitszeit. Immer wurde von ihnen auf die wirtschaftsverwühlenden Folgen einer Arbeitszeitverkürzung hingewiesen. Eigentümlich genug hat man aber noch nie etwas davon bemerkt. Wirtschaft und Unternehmer - letztere freilich nur dem Zwange gehorchend - vermochten noch stets sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden und dabei auf ihre Rechnung zu kommen.

Daß es sich in der Arbeitszeitfrage um nichts anderes als Rückständigkeit bei dem deutschen Unternehmertum handelt, beweist das Beispiel Henry Fords, der neuerdings in seinen Betrieben die 40-Stundenwoche einführt und über den Achtstundentag bemerkt, daß er diese Zeitgrenze nicht aus einem menschenfreundlichen Prinzip wählte, sondern aus der Tatsache, daß in dieser Zeit die bestmögliche Arbeitskraftverwendung erreicht werde, während darüber hinaus Qualitätsleistung nicht zu erzielen sei. Desgleichen haben in Amerika alle gut organisierten Berufe die 44-Stundenwoche durchgeleitet, während im übrigen die 48stündige Arbeitszeit maßgebend ist und nur circa 30 Proz. der industriellen Arbeiterschaft bis zu 54 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Dabei beträgt die Lohnhöhe des amerikanischen Arbeiters das 3/4fache seines deutschen Kollegen und steht die Konkurrenzfähigkeit der amerikanischen Industrie auf bisher von der europäischen Industrie noch nicht erreichbarer Höhe.

Die Durchführung des Achtstundentages kann unter diesen Umständen kein die deutsche Wirtschaft beunruhigendes Experiment sein. Im Hinblick auf die herrschende Arbeitslosigkeit läßt sie sich nicht mehr länger umgehen. Deshalb ist auch zu begründen, daß der Reichsarbeitsminister durch Erlass vom 9. November d. J. dem Umfang des Ueberstundenwesens in der Industrie entgegentritt und die Sozialministerien der Länder anweist, der ungesunden Zunahme der Ueberstunden entgegenzuwirken. Durch weiteren Erlass der gleichen Stelle an den Reichsjustizminister wird aufgefördert, die Staatsanwaltschaften darauf hinzuweisen, bei Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Schutzvorschriften über die Arbeitszeit mit aller Strenge vorzugehen.

Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, wie sie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften for-

bern, wird dadurch nicht überflüssig. Es darf bei der gegenwärtigen unübersichtlichen und schwer zu kontrollierenden Verordnungsregelung nicht bleiben. Sie muß ferner durch strenge Strafvorschriften und deren nachdrückliche Anwendung unterstützt werden. Nur dann werden die Unternehmer sich damit abfinden. Die Wirtschaft hat davon nichts zu fürchten, sondern wird in der weiteren Abnahme der Arbeitslosigkeit sowie in der wachsenden Kaufkraft der Bevölkerung diejenige Beruhigung finden, die sie für ihre Aufwärtsentwicklung benötigt.

Woher stammt der Unternehmerprofit?

L. P. Bevor wir die Frage „Woher stammt der Unternehmerprofit?“ beantworten, ist es notwendig und zweckmäßig, die Bestimmungen einiger national-ökonomischer Begriffe vorzunehmen.

Haben die Erze und Mineralien, die unbenutzt in der Erde liegen, überhaupt alle Stoffe, die nicht benutzt werden, einen Wert? Sie haben keinen Wert! Erst durch das Hinzutreten von Arbeit am Stoff entsteht Wert. Solange das Erz im Boden schlummert, um ein Beispiel zu gebrauchen, hat es keine Verwendungsmöglichkeit. Das Erz kann erst dann verwendet werden, wenn es an den Tag gefördert wird. So ist es natürlich auch mit all den anderen Stoffen. Erst wenn der Stoff (Erz usw.) in einen gebrauchsfähigen Gegenstand, in ein gebrauchsfähiges Gut verwandelt ist, hat der Stoff einen Wert. Die Umformung des Stoffes in ein gebrauchsfähiges Gut, bzw. diese Tätigkeit ist verbunden mit Arbeit. Nur durch die Arbeit kann der Stoff zu einem gebrauchsfähigen Gut verwandelt werden. Der Wert eines Gutes liegt also in der Gebrauchsfähigkeit für menschliche Zwecke. Diesen Wert nennen wir Gebrauchswert. Er entsteht durch die Verbindung mit Arbeit.

Ist Turnen, Spaziergehen Arbeit? Nein. Arbeit ist ein Wirken am Stoff. Arbeit bezieht sich auf eine Tätigkeit, die eine Umwandlung des Stoffes mit sich bringt; indem der Stoff zu einem Gebrauchsgut für den Menschen gemacht wird. Alle Arbeit geht vom Menschen aus.

Bei der Arbeit wird Arbeitskraft verbraucht. Die verbrauchte Arbeitskraft muß aber wieder erneuert werden. Der Mensch kann nur arbeiten, wenn er ständig für seine Kräfteerneuerung sorgt. Wir sprechen hier von der Reproduktion der Arbeitskraft. Zur Reproduktion der Arbeitskraft sind notwendig die Kleidung, Nahrungsmittel, Wohnung, Bildung, Pflege usw. Der Wert dieser Existenzmittel läßt sich in Geld ausdrücken. Und die Summe des Geldes für die Existenzmittel, die zur Erneuerung der Arbeitskraft notwendig sind, bezeichnet die Größe der Reproduktionskosten. Die Reproduktionskosten sind die in Arbeit umgesetzte Arbeitskraft. Sie stellen also den Wert einer bestimmten Menge Arbeitskraft dar. Der Unternehmer der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt kauft, zahlt immer nur die Reproduktionskosten, die Kosten, die vom Arbeiter ausgehen werden, um seine Arbeitskraft wieder herzustellen. Für diese Summe tauscht der Unternehmer die Arbeitskraft ein. Die Reproduktionskosten machen damit den Tauschwert der Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt aus.

Die durch die menschliche Arbeit entstandenen Güter werden auf dem Markt getauscht. Der Gütertausch ist aber nur möglich, wenn ein gemeinsamer Wertmaßstab für alle Güter vorhanden ist, d. h. ein Wertmaßstab, nach dem der Wert eines jeden Gutes gemessen werden kann. Dieser Wertmaßstab ist in der Arbeit, ist durch die im Gut enthaltenen Arbeitsmengen gegeben. Zur Herstellung eines Gutes ist eine bestimmte Menge Arbeitszeit notwendig. Und die Arbeitszeit, die nach dem jeweiligen Stande der Produktionstechnik zur Herstellung eines Gutes nötig ist, oder exakter ausgedrückt, die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, bestimmt den Wert des Gutes. Wird ein

Gut getauscht, so gebührt ihm beim Tausch ein Gut, welches den Gegenwert einer gleich groß gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit enthält, oder eine Geldsumme im gleichen Werte.

Diesen Wert des Gutes nennen wir den Tauschwert des Gutes.

Will jemand ein Gut erzeugen, sagen wir einen Tisch, so muß er im Besitz der notwendigen Rohstoffe: Holz, und der Arbeitsmittel: Hobel usw. sein. Die heutige Gesellschaft ist auf das Privateigentum gegründet. Ein verschwindend kleiner Teil der Menschen hat die Rohstoffe und die Arbeitsmittel im Besitz. Die Mehrzahl der Menschen entbehrt des Privatbesitzes der Produktionsmittel, sie nennen nur die Arbeitskraft ihr eigen. Daraus ergibt sich folgende Situation: diejenigen Menschen, die nicht im Besitz der Produktionsmittel sind, verfügen nur über die Arbeitskraft. Um leben zu können, bedürfen sie aber der Produktionsmittel. Sie müssen daher ihre Arbeitskraft an den Produktionsmittelbesitzer verkaufen — die Besitzer der Arbeitskraft sind daher abhängig von den Produktionsmittelbesitzern. Denn ohne die Produktionsmittel kann die Arbeitskraft keine Verwendung erfahren. Die Produktionsmittelbesitzer nehmen daher gegenüber den Arbeitskraftbesitzern eine Monopolstellung ein. Diese Monopolstellung gibt den Produktionsmittelbesitzern die Möglichkeit, die Bedingungen, zu denen sie die Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt kaufen, einseitig, zu ihren Gunsten zu verschieben.

Die verkaufte menschliche Arbeitskraft muß durch die Reproduktion wieder hergestellt werden. Die menschliche Arbeitskraft hat nun die Eigenschaft, mehr Wert zu erzeugen als zu ihrer Reproduktion nötig war. Danach wird ein Mehr von Gütern erzeugt. Dies ist der Zweck der Arbeit. Würden durch die Arbeit nur soviel Güter erzeugt werden, um die Existenz fristen zu können, um dann wieder die zur Fristung der Existenz notwendigen Güter herzustellen, dann würde das Leben seinen Sinn verloren haben. Erst dadurch, daß durch die Arbeit mehr erzeugt wird, als zur Reproduktion notwendig ist, ist alle höhere Kultur möglich. Aber wie kommt es, daß dieses „Mehr“, das durch die Arbeit erzeugt wird, nicht dem Arbeiter, dem Erzeuger dieses „Mehr“ zugute kommt?

Der Produktionsmittelbesitzer verfügt natürlich auch ganz allein über die Ergebnisse der Produktion, d. h. der erzeugten Güter. Er bestimmt die Verteilung. Der Arbeiter erhält nur den Lohn als Anteil. Und der Anteil, den der Produktionsmittelbesitzer dem Arbeiter gibt, also der Arbeitslohn, ist aber immer nur so groß, als was als unbedingt notwendig zur Erhaltung der Arbeitskraft anzusehen ist. Die menschliche Arbeit erzeugt aber mehr Werte, als zur „Wiederherstellung“ der Arbeitskraft notwendig sind. Illustrieren wir dies an einem Beispiel. Nehmen wir an, daß die lebensnotwendigen Gegenstände, also die Gegenstände, die der Arbeiter zur Reproduktion seiner Arbeitskraft bedarf, zu ihrer Herstellung 5 Stunden Durchschnittsarbeit erfordern. Und nehmen wir weiter an, daß 5 Stunden Durchschnittsarbeit in einer Geldmenge gleich 5 Mk. verwirklicht sind. Diese 5 Mk. würden der Preis, der Geldausdruck des Tageswertes der Arbeitskraft sein. Wenn er täglich 5 Stunden arbeitet, würde er täglich einen Wert produzieren, der genügt, um die Durchschnittsmenge seiner täglichen Bedarfsgegenstände zu kaufen und sich selbst als Arbeiter zu erhalten. Verkauft nun der Arbeiter seine Arbeitskraft täglich für 5 Mk., dann verkauft er sie zu ihrem Wert. Nehmen wir an, der Arbeiter ist Lederarbeiter, so wird, wenn er täglich 5 Stunden arbeitet, er dem Leder einen

Wert von 5 Mk. hinzufügen. Aber in diesem Falle würde dem Kapitalisten kein Mehrprodukt zufließen. Wie kommt nun der Kapitalist in den Besitz des Mehrproduktes? Da der Kapitalist die Arbeitskraft und damit ihren Wert bezahlt hat, hat er mit dem Kauf das Recht erworben, die von ihm gekaufte Ware, das ist die Arbeitskraft, zu konsumieren, zu verbrauchen. Und die Arbeitskraft des Arbeiters wird konsumiert, verbraucht, indem er für den Kapitalisten arbeiten muß. Beachten wir folgendes: Die Arbeitsmenge, durch die der Wert der Arbeitskraft des Arbeiters begrenzt (Reproduktionskosten) wird, bildet auf keinen Fall eine Grenze für die Arbeitsmenge, die seine Arbeitskraft vollbringen kann. Nehmen wir unser obiges Beispiel: Der Lederarbeiter muß, um seine tägliche Arbeitskraft zu erneuern, einen täglichen Wert von 5 Mark schaffen, eine tägliche Arbeit von 5 Stunden vollbringen. Diese tägliche Arbeitszeit von 5 Stunden legt aber den Lederarbeiter nicht außerstande, 8, 9 und noch mehr Stunden täglich zu arbeiten. Durch den Erwerb der Arbeitskraft des Arbeiters hat der Kapitalist das Recht erhalten, den Arbeiter nicht nur 5 Stunden, sondern den ganzen Tag über zu beschäftigen. Er wird ihn daher täglich 8, 9 oder mehr Stunden arbeiten lassen. Nehmen wir an, er wird ihn 8 Stunden arbeiten lassen, so muß der Arbeiter über die 5 Stunden hinaus, die erforderlich sind, um den Wert seiner Arbeitskraft zu erzeugen, noch weitere 3 Stunden arbeiten. Diese 3 Stunden Mehrarbeit verwirklichen sich in ein Mehrprodukt. Der Lederarbeiter, der mit 5 Stunden Arbeit dem Leder einen Wert von 5 Mark zusetzt, setzt nunmehr durch 8 Stunden Arbeit dem Leder einen Wert von 8 Mark zu, d. h. er erzeugt ein dementsprechendes Quantum mehr an Leder. Dieses Mehr an erzeugtem Wert gehört aber nun nicht dem Arbeiter, sondern dem Kapitalisten, der die Arbeitskraft gekauft hat, ihm gehört das ganze Produkt, das vom Arbeiter geschaffen wurde. Für den Kapitalisten ergibt sich folgendes Resultat: Er schiebt 5 Mark vor, den Wert für die Arbeitskraft und Reproduktionskosten (gleich 5 Stunden Arbeit) und erhält 8 Mark, d. h. den Wert der in einem Produkt von 8 Stunden Arbeit enthalten ist. Und hier liegt die Quelle des Unternehmerprofits. Aller Unternehmerprofit fließt aus der Ergiebigkeit der menschlichen Arbeit.

Wir sehen also, daß die Arbeiter statt alle Produkte ihrer Arbeit zu empfangen, mit einem kleinen Teil zufrieden sein müssen, d. h. mit dem Teil, den man Lohn nennt. Der Unternehmer dagegen streicht das ganze Produkt ein und zahlt dann den Arbeitslohn. Und dieser Prozeß vollzieht sich immer aufs neue. „Deshalb ist keine Befreiung der Arbeiterklasse möglich, ohne daß sie Besitzer aller Arbeitsmittel: Land, Rohstoffe, Maschinen usw., und dadurch Besitzer des ganzen Ertrages ihrer Arbeit sind.“ (Friedrich Engels.)

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Die Nachkriegsjahre führten zur Erstarkung des wirtschaftlichen Nationalismus. Zum Teil war diese Entwicklung durch die Kriegswirtschaft und die Friedensverträge zwangsläufig gegeben. Es entstanden neue politische Gebiete, die eine eigene Industrie errichteten und diese vor der Konkurrenz des Auslandes schützen wollten. Die weltwirtschaftlichen Verbindungen wurden zerrissen, der Welthandel wurde durch hohe Schutzzölle, Einfuhrverbote, Kontingentierungen, Zollsitzen, Sabotage der Handelsverträge, oft auch durch Zollkriege erschwert. Die am 4. Mai nächsten Jahres stattfindende Weltwirtschaftskonferenz hat die Aufgabe, sich über die Schwierigkeiten der weltwirtschaftlichen Lage Klarheit zu verschaffen und Richtlinien für die Beseitigung der größten Schwierigkeiten zu finden. Diese

Weltwirtschaftskonferenz wurde durch die kürzlich in Genf abgeschlossene Konferenz der Sachverständigen aus 21 Staaten vorbereitet. Dieser lag es ob, das Programm der nächsten Konferenz zusammenzustellen. Die Vertreter der Arbeitnehmer erschienen in Genf mit einem fest umrissenen Programm, das sie auf der Weltwirtschaftskonferenz zu vertreten beabsichtigten. Eine Anzahl von Fragen, deren Behandlung von den Arbeitnehmern gefordert ist, wird Gegenstand der Beratungen, darunter insbesondere der Zollabbau, das Problem der internationalen Kartellkontrolle und das Kaufkraftproblem. In letzter Zeit haben auch einflussreiche kapitalistische Kreise ihre Stimme für den Zollabbau erhoben. Es sei nur an das sogenannte Freihandelsmanifest und das Gutachten der Internationalen Handelskammer erinnert. Letztere hat auch eingehende Vorschläge für einen kufenweisen Zollabbau vorbereitet. Die eigentlichen Träger dieser Bewegung sind jedoch die Arbeitnehmer, welche im Zollabbau ein Mittel der Befreiung Europas und einen Ausbruch der internationalen Solidarität erblicken. Die internationale Kartellkontrolle, welche zum Schutz der Arbeitnehmer und der Verbraucher gegenüber den internationalen Kartellen unerlässlich nötig ist, wird ebenfalls durch die Arbeiterchaft vertreten. Die Arbeiterschaft muß aber darauf sehen, daß, falls es zur Schaffung eines solchen Kontrollorgans kommt, diese Einrichtung nicht veräußert wird.

Während in Genf Beratungen darüber stattfinden, wie das Gleichgewicht der Weltwirtschaft wiederhergestellt werden könnte, war dieses Gleichgewicht im abgelaufenen Monat mehr gefährdet als je. Die weltwirtschaftlichen Beziehungen waren, außer den üblichen Schwierigkeiten infolge der Absperrungspolitik, noch durch außergewöhnliche Momente aus den Fugen geraten. An erster Stelle steht der englische Bergarbeiterstreik mit seinen weitgehenden weltwirtschaftlichen Auswirkungen. In England wurde nicht nur die Kohlenindustrie, sondern auch die Eisen- und Stahlerzeugung lahmgelegt. Der Einfuhrüberschuß ist infolge vermehrter Einfuhr (auch Kohleneinfuhr) und verminderter Ausfuhr außerordentlich gestiegen und erreichte eine Rekordhöhe. Dagegen haben andere Kohlenländer, wie Deutschland, Polen, aber auch die Vereinigten Staaten, eine enorme Erhöhung ihrer Kohlenausfuhr zu verzeichnen gehabt; trotzdem herrschte aber in den kohlenverbrauchenden Ländern eine Kohlenknappheit. Der Eisen- und Stahlindustrie der kontinentalen Länder kam der englische Kohlenstreik ebenfalls erheblich zugute. Die Produktionsziffern des internationalen Stahlkartells konnten stark erhöht werden. Die Preise für Kohle, Stahl und Eisen gingen entsprechend der größeren Nachfrage in die Höhe. Eine weitere Folge des englischen Bergarbeiterstreiks war die enorme Verteuerung der Frachtraten infolge vermehrter Verschiffungen, verteuerter Kohle und der Tatsache, daß die englischen Schiffe die Häfen ohne Kohle verlassen mußten. Die Erhöhung der Getreidepreise im letzten Monat steht überwiegend mit gesteigerten Frachtraten in Verbindung.

Ein weiteres Moment, das Verwirrung in die weltwirtschaftlichen Beziehungen brachte, war die Valutafrage. Während sich das englische Pfund als Folge des Streiks abschwächte (es kann sich freilich beim Pfund nur um eine geringe Abschwächung handeln, weil England die Goldvaluta bekanntlich bereits wiederhergestellt hat), und die norwegische und dänische Krone ihre stürmische Erhöhung fortsetzte, erfolgten in den romanischen Ländern folgenschwere Veränderungen des Geldwertes. Der belgische Franc wurde stabilisiert, eine Tatsache, die sowohl für Belgien wie für die Weltwirtschaft von guten Folgen begleitet sein wird. Hier wurde nämlich die Stabilisierung zu einem Kurs (175 das Pfund) vorgenommen, der eine lang-

„Walzen waschen!“

Von Willi Hesse, Magdeburg.

„Walzen waschen? Das ist doch so einfach. Man nimmt Zipfelpapier, trinkt einen davon mit Petroleum oder Waschöl, wischt ab und trocknet nach. Heißt es aber „ganz sauber“, dann wird eben nochmals mit Benzol gewaschen und alles ist in Ordnung.“ So denken vielleicht die Kollegen in Buchdruckabteilungen. Es mag vielleicht dort so sein, abgesehen, daß der Kollege dort „das Mädchen für alles“ spielt, läßt sich nicht viel darüber reden. Anders, ganz anders aber ist das Walzenwaschen in einer Offsetabteilung.

Was Walzenwaschen gerade hier bedeutet und welche Bedeutung dieser Arbeit hier zugemessen wird, soll hiermit anschaulich geschildert werden. Im Gegensatz zu einer Buchdruckpresse hat die Offsetpresse nämlich drei Sorten Walzen. Diese drei Sorten werden als glatte, raue Walzen sowie Feuchtwalzen bezeichnet. Die glatten Walzen und die Raupheit der Zinkplatten bilden die Seele des Offsetdruckes und sind die Geheimnisse aller guten Erfolge. Während nun die raue Zinkplatte von Zeit zu Zeit durch einen Schleif- und Rönprozess neu gerahmt werden kann, ist eine Aufrauung der glatten Walzen ausgeschlossen. Alle Versuche hierzu verschlechtern die Walzen. Hier gilt es also vielmehr die vorhandene weiche Raupheit recht lange zu erhalten! Dies ist nicht so einfach, und wie wird es gemacht, daß die Raupheit recht lange erhalten bleibt? Denn, Walzenmeister und Kollege sündigen beide hier in unglaublicher Weise.

Man beachte nur einmal folgenden Vorgang: Die weichen, glatten Walzen sind zur Auftragung der Farbe auf die Zinkplatte bestimmt und die weiche Raupheit der Walzen ermöglicht ein tiefes Eindringen der Farbe

auf die raue Zinkplatte. Die raue Zinkplatte wiederum drückt die mit Farbe gesättigte Zeichnung auf das Gummituch und dieses gibt erst die Zeichnung auf den Papierbogen ab! Damit aber nicht die ganze Platte voll Farbe zieht, werden von den Feuchtwalzen Schwämme übertragen. Dies läßt die Farbe nur auf Zeichnung kommen, die fettartige Farbe wird überall vom Wasser zurückgehalten. Die glatten Walzen sind lediglich für Farbverteilung bestimmt und werden ebenso wie Buchdruckwalzen gewaschen. Dürfen natürlich nicht verkratzen!

Die Walzen bestehen aus zwei Sorten, genannt „Rauhe“ und „Glatte“. Das Leder selber ist, wie jeder weiß, ein tierisches Produkt, d. h. die Haut eines Tieres. Die Haut ist natürlich sehr porös und aufsaugfähig. Bei der Haut selber macht unser Kollege vom Lederarbeiterverband zwei Untersätze. Er nennt die äußere Seite die Haarseite und die innere Fellsseite oder Kasseite. Wenn nun die Haare von der Haut entfernt sind, hat dieselbe ein ziemlich glattes Aussehen, doch ist sie mit winzigen Löchern (Poren) bedeckt. Die innere Seite, Kasseite, ist dagegen sehr weich und raue, oder richtiger grob porös. Bei der Herstellung der Walzen verfährt man nun so, daß für glatte Walzen die Haarseite außen bleibt, während die sogenannten rauhen Walzen die Fells- oder Kasseite außen tragen. Gewöhnlich werden die Walzen vom Hersteller gebrauchsfertig geliefert, und zwar sind sie mit Firnis überzogen und bedürfen nur einer Säuberung vom Schmutz, der auf Transport entsteht. Bevor jedoch diese erste Waschung vorgenommen werden soll, muß erst „der Strich“ festgestellt werden.

Das Waschen selber besteht nämlich hierbei im Auftragen von Öl, Bürsten und Abschaben, oder richtiger Öl-ausdrücken. Ist genug aber kommen die Walzen in unfertigem Zustand an und es bleibt dem Maschinenmeister

überlassen, damit fertig zu werden. Da ist es zunächst angebracht, „den Strich“ festzustellen, und dies geschieht, indem man die Walze über den Zieg teigt und vorsichtig mit einem stumpfen Messerrücken (es genügt der bloße Finger schon allein) einmal etwas über die Walze zieht. Raubi sich die Stelle auf, dann ist „gegen den Strich“ gezogen, bleibt die Stelle aber glatt, dann ist „mit dem Strich“ gezogen und die Spindel wird dort sofort mit Felle oder Meißel geteilt. Denn von hier aus wird dann stets das Schabmesser gezogen, es soll nämlich nie „gegen den Strich“, sondern stets „mit dem Strich“ gehen. Außerdem muß das Schabmesser stets in einem Zuge, ohne Stocung, die Walze heruntergezogen werden.

Ist nun „der Strich“ auf diese Weise gesichert, kann das Präparieren beginnen. Hierzu sind Filzsträn (Lebertan) sowie Knochenöl am besten geeignet. Ein Lappen wird getränkt und die Walze kräftig eingetrieben, bis sie gesättigt ist, d. h. keine trockene Stelle mehr hat. Das Öl muß aber sehr dünn aufgetragen werden, und ist die Walze etwas lufttrocken, wird nochmals getränkt, bis sie nicht mehr aufnimmt. Allzuviel Öl geben kann zum Schmierer der Walzen führen. Die Walzen läßt man wieder etwas lufttrocken werden und überzieht sie dann mit dünnem Firnis. Leinölfirnis ist hierzu am vorteilhaftesten zu verwenden. Nach einigen Tagen, wird die Walze auf trockene Stellen besichtigt und nochmals mit dünnem Firnis gesättigt. Gehten sich trockene Stellen, so bürste man den Firnis ab und trunkte nochmals mit Leinölfirnis, bis sie nicht mehr aufsaugen will. Nach einigen Tagen, der dünne Firnis darf nicht unmaßig trocknen, wird die Walze gebürstet, gewaschen und abgeschabt. Dann erhält sie einen strengeren Firnis. Damit ist die Walze fertig für die Schnellpresse.

Bevor sie zum Druck gebraucht wird, muß sie wie

same Anpassung an die Weltmarktpreise ohne Erschütterung des Arbeitsmarktes und ohne Lohnherabsetzungen ermöglicht. Anders geartet ist die Wert-erhöhung des französischen Franken und der italienischen Lira. Beide Valuten haben in tiefem Maß an Wert zugenommen, ohne daß eine Stabilisierung vorgenommen worden wäre. Die Wert-erhöhungen wurden in beiden Ländern vielfach mit künstlichen Mitteln erreicht. In Frankreich half neben finanzpolitischen Maßnahmen Poincarés die ausländische Spekulation dazu, in Italien geld-technische Maßnahmen und später die Zwangskon- solidierung der schwebenden Schulden. Durch die über- mäßige Werterhöhung dieser Valuten entstehen jedoch verschiedene Schwierigkeiten. In Frankreich werden durch den hohen Valutastand den Rentnern und Staatsgläubigern Vorteile erwachsen, während die Er- höhung der Produktionskosten für die Industrie und damit eine erhebliche Ausfuhrkrise unvermeidlich sein wird. Die Arbeiterchaft wird dadurch schwer in Mit- leidenschaft gezogen werden. Bereits jetzt ist eine sehr erhebliche Geldverknappung vorhanden. In Italien ist dies aber noch in viel größerem Maße der Fall. Hier hat die Betriebsmittelnot bereits ein großes Ausmaß angenommen, wofür auch der Sturz der italienischen Aktienwerte ein Symptom ist. Nirgends ist die Ueberkapitalisierung, die übermäßige Aus- dehnung verschiedener Industriezweige so groß wie in Italien. Auf die Erhöhung des Bravortes wird auch in Italien eine Verstärkung der bereits vorhandenen Ausfuhrkrise folgen. Da Italien infolge des Abflauens der französischen Konjunktur seine überschüssigen Ar- beitskräfte nicht mehr nach Frankreich schicken kann und auch die überseischen Länder sich gegen die italienische Einwanderung abschließen, wird Italien voraussichtlich nicht von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit verschont bleiben.

Wichtige Veränderungen erfolgten in bezug auf die Rohstoffversorgung, wo sich eine Entwicklung von großer Tragweite angebahnt hat. Der Sturz der Baumwollpreise, der infolge der guten Baumwoll- ernte eintrat, und die Preise unter den Vorkriegs- stand herabdrückte, führte zu Bestrebungen zur organi- sierten Produktions einschränkung und Valorisierung (Werterhöhung) durch Einlagerung großer Baumwoll- vorräte, die aus dem Verkehr gezogen werden sollen. Nicht weniger als vier Millionen Ballen amerikanischer Baumwolle sollen derart einfließen vom Markt ver- schwinden. Auch die ägyptische Regierung unterstützt durch Anleihen die Zurückhaltung der Baumwoll- vorräte. Die japanische Regierung will auf diese Weise durch Anleihen zur Werterhöhung der Kaffee- beiträge. Für Oummi ist am 1. November ein neues System der Produktions- bzw. Ausführungs- ein- schränkung ins Leben getreten, das das Sinken des Summi- preises unter ein bestimmtes Niveau verhindern soll. In Cuba sind in bezug auf Zuder gefällische Pro- duktions einschränkungen angeordnet und es wird von dort aus eine internationale Bewegung zur Regelung der Zuderpreise organisiert. Vergleichs will man von Brasilien aus ein Weltkaffee syndikat ins Leben rufen. Der Kaffee kostet heute das zwei- bis dreifache des Vorkriegspreises und man möchte diese ungeheuren Preise weiter aufrechterhalten. Das kana- dische Riesengroßkartell, das über 60 Proz. der kanadischen Getreideernte verfügt, macht Versuche, die anderen Länder mit Getreideüberschuß, Argentinien, Australien und Indien, evtl. auch Rus- land, zum Anschluß und damit zur Schaffung eines Weltgetreidekartells zu bewegen. Für Petroleum soll das in Amerika bestehende Kartellgesetz, das die Gründung von Kartellen verbietet, aufgehoben werden. So sind jetzt für eine große Anzahl von Grundstoffen Riesenkartelle, die nicht mehr eine beschränkte An- zahl von Unternehmungen, sondern Hunderttausende

von Produzenten umfassen, im Entstehen begriffen, mit ungeheuren Folgen für die Weltwirtschaft.

Indessen schreitet die internationale Kar- tellierung der Industrie weiter vorwärts. Aus der jüngsten Zeit ist die Gründung eines nationalen Trusts in England, des Chemietrusts, zu er- wähnen, dessen Aktienkapital beinahe ebenso hoch sein wird, wie das des deutschen chemischen Trusts. Es ist anzunehmen, daß dieser Trust bald wegen einer inter- nationalen Verständigung mit der deutschen, franzö- sischen und amerikanischen chemischen Industrie in Ver- bindung treten wird. In der Aluminium- indu- strie wurde unter Beteiligung Deutschlands, Frankreichs, Englands und der Schweiz ein Syndikat auf die Dauer von zwei Jahren gegründet. Im Kupferkartell erfolgte ein Schritt von prinzi- pieller Bedeutung. Das Kupferkartell steht unter amerikanischer Leitung. Infolge des amerikanischen Kartellverbots sind jedoch die Kartellpreise in den Ver- einigten Staaten nicht gültig, sondern dort ist die freie Preisgestaltung geblieben. Aus diesem Grunde stiegen allein die europäischen Kupferpreise. Daraufhin hat die englische Regierung einer großen britischen Kupfer- gesellschaft, der British Metal Corporation, welche die Kupferminen Rio Tinto unter ihrer Kontrolle hat, die Genehmigung zum Beitritt zum Kupferkartell im Interesse der englischen verarbeitenden Industrie ver- sagt. Das Kupferkartell wurde gezwungen, seine Preis- politik zu ändern und den Preisunterschied zwischen den europäischen Kartellpreisen und den freien Markt- preisen in Amerika erheblich zu verringern. Das inter- nationale Eisenkartell wurde infolgedessen erweitert, als Anfang November zu seiner Ergänzung ein Kontinentskartell zwischen Deutschland, Frankreich und Luxemburg über die Einfuhr franzö- sischer und luxemburgischer Eisenprodukte nach Deutsch- land zustande kam. Der Anstich der tschechischen und polnischen Eisenindustrie an das internationale Eisen- kartell ist vorläufig noch nicht gesichert. Es fehlen in diesen Ländern die nationalen Verbände und die ein- zelnen Unternehmungen sind untereinander in bezug auf die Quotenansprüche noch uneinig. Man nimmt trotzdem an, daß die Eisenindustrien auch dieser Länder dem internationalen Kartell betreten werden.

A. S.

Invaliden- und Altersrentenzuschuß eine Notwendigkeit unseres Verbandes?

In der Nummer 42 und 46 der „Solidarität“ wird eine Frage aufgenommen und zur Diskussion gestellt, deren Notwendigkeit für uns ein Gebot der Stunde ist. Wir leben, das der Rationalisierungsprozeß in der Wirtschaft vor sich geht auf Kosten der Arbeiterschaft. Brutal und rücksichtslos werfen die Unternehmer die Arbeitskräfte auf das Pflaster und große Werte gehen damit der Volkswirtschaft verloren. Am traurigsten mit leiden unsere älteren Kollegen, gerade die in dem Alter von 55 bis 65 Jahren, denn für sie gibt es kaum eine Möglichkeit, wieder in einen Betrieb hineinzukommen. Die Prinzipale wünschen einen solchen Zu- stand; eine große Reservearmee ist ja das Prinzip des Unternehmertums. Falch ist es nun, auszusprechen, die jüngeren Kollegen im Betrieb lassen es manchmal an dem nötigen Takt gegenüber den älteren Kollegen fehlen. Nein, in diesem Punkt kann ich dem Kollegen O. R. in Leipzig nicht recht geben. Die jüngeren Hilfsarbeiter im Betrieb fühlen die Ungerechtigkeit solcher Entlassungen älterer Kollegen. Sie sehen zu Hause in der Familie den arbeitslosen Vater oder irgendein anderes Familienglied. Vergessen darf man auch nicht, wie wenig Einfluß die Arbeiterschaft bei Entlassungen hat.

Ungenügend ist die Unterstützung von Seiten des

Staates. Gewaltiges leisten die Gewerkschaften, man ersieht aus den Jahresberichten, welche enormen Summen die sozialen Ausgaben darstellen. Die Ar- beitslosenunterstützung, die unser Verband bezahlt, ist mit das Bindeglied zwischen dem arbeitslosen Kollegen und dem Verband. Doch die älteren Kollegen, deren Unterstützungszeit abgelaufen ist, die nicht Aussicht haben, wieder in den Betrieb hineinzukommen, wo bleiben die? Sollen sie vielleicht solange warten, bis sie das Alter erreicht haben, um einige Mark Invaliden- und Altersrente zu bekommen? Wir müssen denen helfen, denen wir viel zu danken haben. Andere Or- ganisationen gehen diesen Weg und unser Verband sollte da nicht zurückbleiben.

Ueber die organisatorischen und finanziellen Fragen möchte ich mich als junger Kollege nicht aus- lassen. Da bedarf es der Maßnahmen, die der Vor- stand und Gauleiter für nötig erachten. Eine Erhöhung der Beiträge in unserem Verband muß dann erfolgen, und die Mitgliedschaft wird auch Verständnis dafür haben. Doch wichtig ist es, daß gewisse geistige Vor- aussetzungen geschaffen werden; wir wollen arbeiten in diesem Sinne, denn so dienen wir unserer Gewerks- chaft am besten. Bernhard Kaßl - Lübeck.

Aus den Zahlstellen.

20 Jahre Zahlstelle Köln.

Köln. Im November konnte der Bericht unseres Ver- bandes in Rheinland-Westfalen auf ein zwanzigjähriges Bestehen zurückblicken. Am 7. November 1906, es war ein Sonntagmorgen, versammelten sich aus verschiedenen Druckerzweigen das graphische Hilfspersonal Kölns, um erneut eine Zahlstelle zu gründen. Samstags in der Frühe hatten einige Kollegen gemeinsam mit Buchdruckern Flugzettel mit Einladungen verteilt. Die Gründungsversammlung wurde geleitet von dem noch heute in der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ beschäftigten Buchbinderkollegen Hermann Kästner. Als Referent war der damalige Gauleiter Schmid, München erschienen. Er sprach über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage des Hilfspersonal in den Buch- und Steinbrudereien und ist — eine Besser- gestaltung möglich?“ Der Referent wies auf die Erfolge hin, die die Kollegenchaft mit der Organisation in anderen Städten errungen hatte, als da waren Tarifiervertrag, Arbeits- nachweis und ganz erhebliche Lohnverbesserungen. Kollege Schmid forderte die Anwesenden auf, sich der Organisation anzuschließen und weiter zu agitieren, damit auch in Köln die Zustände für die Kollegenchaft gebessert werden könn- ten. Die anwesenden früheren Mitglieder und einige neue traten dem Verband bei und es wurde sofort eine Verwal- tung gewählt.

Schmer mußten die ersten Kollegen um die Erhaltung der Zahlstelle kämpfen. Sie haben es aber geschafft. Kollege Krumpert aus Dresden kam 1907 als Gauleiter nach Köln. Es gefiel ihm anfangs hier nicht und er schrieb laut Protokollnotiz an den Verbandsvorstand: „Ich komme mir hier vor wie in einer Verbannung,“ worauf die An- wort von der Kollegen Paul Thiede einlief: „Wohl wissen wir, daß der Boden dort ein harter ist, aber lassen Sie den Mut nicht sinken, dann wird auf dem Fundament ein stattliches Gebäude entstehen.“ Dies schöne Wort ist Wahr- heit geworden.

Neue Mitglieder und neue Mitarbeiter wurden durch fortgesetzte Agitation gewonnen. Aufklärung wurde in Versammlungen durch tüchtige Referenten betrieben.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren vor zwanzig Jahren und auch noch später geradezu elend für das graphische Hilfspersonal Kölns. Einlegerinnen erhielten 8 bis 12 Mk., verheiratete Hilfsarbeiter bei dreimaligem Arbeitsbeginn 16 bis 19 Mk. Wochensohn. Viel Lärme hat es gekostet, den Allgemeinen Bestimmungen von 1906 auch hier Geltung zu verschaffen.

Mit dem Ausscheiden des Kollegen Krumpert im Jahre 1912 übernahm Kollege Bell den Vorh der Zahlstelle, nachdem er schon mehrere Jahre als Vorstandsmitglied mit- gearbeitet hatte. Unter seiner Führung erreichte die Zahl- stelle schon vor dem Krieg eine stattliche Mitgliederzahl, 1922 annähernd 1000 Mitglieder. Leider riß der Weltkrieg alles nieder. Seine besten Mitglieder mußten den selb- ständigen Rock anziehen und Bell selbst wurde trotz seines Lebens ebenfalls eingezogen. Nur wenige Mitglieder blie- ben dem Verband erhalten. Nach dem Zusammenbruch des Krieges nahm die Zahlstelle in kurzer Zeit einen ungeahnten Aufschwung.

Auf dem Goutag in Düsseldorf im Jahre 1919 trat der Gauleiter Kaßl - Frankfurt, der sich viele Verdienste um den Aufstieg des Gaus erworben hat, sein Amt an den Kollegen Bell ab. Unermüdlich hat Bell in den zwei- einhalb Jahren für die Zahlstelle Köln und den Gau Rhein- land-Westfalen gewirkt. Schon 1920 machte sich die An- stellung eines Kassierers notwendig, der in dem rührigen Kollegen Schaeffer gefunden wurde und der seit dieser Zeit ununterbrochen an dem Aufstieg mitgearbeitet hat. Am 13. März 1922 schloß Kollege Bell für immer die Augen; sein Nachfolger wurde Kollege Hellmann, der es in seiner Arbeit in der Zahlstelle und im Gau zu prächtigen Erfolgen gebracht hat.

Der erfreuliche Aufstieg der Zahlstelle in den Nach- kriegsjahren erhielt — wie überall — einen empfindlichen Rückschlag durch das Inflationsjahr 1923 mit seinen Nach- wirkungen. Aber klein zu kriegen war die Mitgliedschaft nicht mehr. Eine zuverlässige und treue Anhängerschaft in stattlicher Zahl bildete den Kern der Zahlstelle und nach einigen Anstrengungen waren alle Scharten wieder weg- gemacht. Heute darf von den Kölner Metallern gesagt werden, daß sie nicht nur treue Anhänger ihres Verbandes, sondern auch zu denkenden Gewerkschaftlern herangereift sind.

Das zwanzigjährige Bestehen der Zahlstelle Köln be- ging die Kollegenchaft durch eine würdige, stark besuchte Feier im festlich geschmückten großen Saal des Volkshauses. Die Zahlstellen Kölns, Dortmund und Elberfeld-Barmen hatten Vertreter entsandt. Die Bruderorganisationen waren durch ihre Gauleiter und ebenfalls der Ortsauschuß durch

immer vom Firnis durch Walzen, Bürsten und Abschaben gereinigt werden. Bei dem Druck in der Schnellpresse wird sich bald herausstellen, wie gut solche behandelten Walzen arbeiten. Nun ist es natürlich nicht möglich, die Walzen stets mit der gleichen Farbe laufen zu lassen, denn es ist Farbwechsel und auch Sauberteil, die ein häufiges Waschen der Walzen erfordern. Da die Farben selber ein rein chemisches Produkt darstellen und besonders der ihnen beigegebene Trockenstoff zerlegend und schädigend wirkt, ist gerade das Waschen unausbleiblich. Würden die Walzen einige Tage stehen, so kann mit Sicherheit auf ein Ver- trodnen der Farben gerechnet werden. Der Trockenstoff verbärtet und schließt die Poren der rauhen Walzen, welche nämlich infolge ihrer Saugkraft die Farben tief auf- nehmen. Durch den Druck, dem die Walzen in der Maschine ausgesetzt sind, und unter der Einwirkung der chemischen Substanzen der Farben nebst der Feuchtigkeit des Wisch- wassers würden die Walzen sofort glatt und für den Druck unbrauchbar werden. Solche verbärteten oder ver- patteten Walzen lassen sich zwar schnell reinigen, sind aber für den Drucker hinterher nur die Ursache vieler Verdrü- sungen und Störungen. Für einen erfahrenen Drucker ist es daher selbstverständlich, die Walzen abends zum Waschen herauszunehmen. Wenn kein Farbwechsel dazu kommt, genügt schon zweimaliges Bürsten und Abschaben. Der Kollege nimmt die Waize, legt sie so in den Troch, daß die getriebte Spinndel dem Gesicht zu liegt und gleißt etwas Wasser darüber, das er mit der Hand gleichmäßig verteilt, und bürstet kräftig gegen den Strich. Das wird dann noch- mals wiederholt und hierauf das Schabmesser angelegt. Dieses darf weder scharf noch schwach sein, denn dadurch würde die Waize bald ganz glatt gemacht werden. Auch auf richtige Haltung des Messers ist zu achten, nie darf es mit der Schneide dem Gesicht zugewandt werden, nie steil, sondern stets eine leichte schiefe Ebene bildend (Messerrücken

dem Gesicht zugekehrt) muß es in einem Zuge, ohne jede Stotzung, die ganze Waize entlang geführt werden.

Die Bezeichnung „Abschaben“ ist hier eigentlich falsch angebracht. Das Messer soll nämlich nur den durch das Öl und das Bürsten aufgelösten Farbstoff dadurch ent- fernern, daß es das Öl wieder ausdrückt, und die Farb- teilechen werden dabei mit hinweggeschwemmt. Bei einer gewöhnlichen Säuberung genügt zweimaliges Waschen, bei Farbwechsel aber, namentlich wenn helle Farben auf dunkle folgen, hat der Kollege vollst zu tun. Sind die Walzen noch neu, dann kann nahezu eine Stunde an einer Waize gearbeitet werden, denn ganz sauber triegt man sie doch nicht. In diesem Falle lasse man lieber die Walzen etwas mit der neuen Farbe einlaufen und wasche nochmals. Damit könnte wohl die Hauptfache geschildert sein.

Jedoch kommt es oft zu unliebsamen Störungen, die ein Waschen außer der Zeit hervorrufen. Sei es, daß ein „Korn“ sich auf die Walzen legt oder ein Bogen Papier in das Walzwerk gerät. Hier verfährt der Kollege folgender- maßen: Da das Korn bei trockenem Abschaben stets mit der Farbe unter dem Messer liegen bleibt und schwer zu finden ist, ist ordentliches Waschen nötig. Schon bei der Delgabe findet die waschende Hand das Korn gewöhnlich (ein kleiner Splitter gewöhnlich) und die Finger beseitigen den Stören- fried. Findet sich aber auf den rauhen Walzen trotz der Waschung kein Korn, so liegt es sicher auf den Feuch- walzen. Sie werden unter fließendem Wasser (Wasser- leitung) gebürstet, und zwar mit einer Mergelbürste. Sollte ein Bogen Papier aufgerollt sein, so wird mit Benzol ab- gewaschen bis das Papier sich leicht löst läßt. Dann erst wird mit Petroleum gewaschen, gebürstet und geschabt. Zwedtes ist es, das Papier trocken mit dem Messer abzu- schneiden, die Krümel, die entstehen, machen hinterher doppelte Arbeit und Materialverbrauch.

(Schluß folgt.)

zwei Mitglieder vertreten. Auch die Vertreter des staatlichen Facharbeitsnachweises waren erschienen. Zahlreiche Glückwünsche und Telegramme waren eingelaufen. Allen, die unserer Zahlstelle an ihrem Ehrentage gedachten, sei hiermit der herzlichste Dank abgestattet. Die Feier selbst wurde nach Wunsch von den neugegründeten Kölner Reichsbannerpartei eingeleitet durch einen Prolog, verfaßt und ausdrucksvoll zum Ausdruck gebracht von Frau Elly Beyer. Hiernach nahm Kollege Heilmann das Wort zu einer kurzen Begrüßungsansprache, wies auf die vorstehend skizzierte Entwicklung der Zahlstelle hin, würdigte die Männer, die hervorragend für die Mitarbeit tätig gewesen waren und dankte allen, die unsere Organisation mitgestützt haben und in dem Ungelernten nicht den Menschen zweiter Klasse, sondern den Arbeits- und Kampfgesährten, den Kulturfördernden Freund erblickten. Mit der Mahnung an die Frauen und Angehörigen, den Verbandsmitgliedern treue Schicksalsgenossen im Streit um die Besserung der Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse zu sein, schloß er mit dem Wunsch, daß die Feiertage der Freude in allen Herzen und Augen auslösen und die Zuversicht zum Verband für alle kommenden Zeiten festigen möge. — Es folgten nunmehr erstklassige gesungene Darbietungen des Gesangsvereins Gutenberg, der mit 100 Sängern antrat. Die beiden Sololiedermänner Frä. Emma und Pepi Schmitt vom Steinbachballett zeigten in vollendeter Form die edle Tanzkunst, während der Vederländer zur Laute, Herr Satomone, Mitglied des Kölner Opernhauses, durch herzergreifende Vorträge die Sachmusiken der Zuhörer in Bewegung hielt. Statt der Festrede, die wegen Erkrankung des vorgesehene Mitbegründers, Herrn Stadtwurdenordnen Ranzenberg, ausfiel, brachte der Vertreter des Ortsausschusses, Herr Moiss, herzlich Glückwünsche dar, die er in ein Hoch auf den Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands ausklingen ließ. Die besten Grüße und Wünsche für die Vertreter der graphischen Organisationen brachte Herr Gausleiter Reif vom Verband der Lithographen und Steindrucker und verwandter Berufe dar, desgleichen Herr Vorsitzender Janßen für den Ortsverein Köln des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Mit einem Hoch auf die graphischen Organisationen und den graphischen Beruf dankte Kollege Heilmann für die dargebrachten und übersandten Glückwünsche. Mit einem Festball nahm die würdig verlaufene Feier ihren Abschluß.

Das gute Gelingen unserer Feier betrachten wir als einen würdigen Abschluß unserer Werbemachen. Feste der Arbeit sollen uns nicht nur in die Gesidte hochstehender Kunst führen, sie müssen uns auch eine Quelle alter Erinnerungen, neuer Anschlüsse, zweckdienender Festigung sein. Das ist bis zu einem gewissen Grade erreicht worden. Wir haben verschiedene neue Mitglieder, die sich bei uns wohlfühlten, alte, die in treuer Kollegialität frühere Ergebnisse austauschten, Freunde aus den Bruderorganisationen, die neue Freundschaftsbande mit der Kollegenchaft knüpften, Arbeitslose, unterstützt durch einen kleinen Zuschuß aus der Ortskasse, auf deren Gesichten wieder einmal ein Körnchen Freude leuchtete, und selbst die ewig Griesgrämigen wurden von den programmatischen Darbietungen und dem ermüthigen rheinischen Frohsinn mit in den Strudel der Freude gezogen. So war es gut, so wollen wir es auch in Zukunft halten.

Der Kölner Zahlstellenvorstand dankt noch einmal allen, die die Zahlstelle mit auf- und ausgebaut und durch treue Pflichterfüllung an der heiligen Größe mitgearbeitet haben, und knüpft daran die Hoffnung, daß diese feilsche Veranstaltung die Kölner Kollegenchaft noch enger zusammengehiebet hat:

Zu tatkräftiger Organisations- und Agitationsarbeit!
Zu neuer Stärkung unseres stolzen Hilfsarbeiterverbandes!
Zu weiterem Aufstiege der gesamten deutschen Kollegenchaft!

Leipzig. Scharf waren die Gegensätze, als sich die Vertreter der beiden Organisationen nach Ablauf des Manteltarifes im Steindruckergewerbe erstmalig am 6. Juli zur Neuberatung des Tarifvertrages im Buchgewerbe zusammenfanden. Infolge der zurzeit herrschenden schlechten Konjunktur glaubten die Unternehmer, ihre Wünsche auf Lohnabbau bei dem Hilfspersonal nimmere reibungslos durchzuführen zu können. Dieses Vorgehen wurde nicht etwa aus der Not, aus dem schlechten Geschäftsgang heraus geboren. Schon im Jahre 1923 erklärte der Vorsitzende des Vereines Leipziger lithographischer Anstalten, daß zu gegebener Zeit die Löhne unbedingt abgebaut werden müßten. Diese Zeit hielt man nimmere für gekommen. Die Unternehmer verlangten im Durchschnitt einen Lohnabbau bei den Stein- und Zintzschleifern um 8,7 Proz., bei den Hilfsarbeitern 9,2 Proz., bei den Anlegerrinnen und Apparaturführerinnen 13,5 Proz., bei den Auslegerinnen 12,5 Proz., und bei den Hilfsarbeiterinnen 6,5 Proz. Der gesamte Lohnabbau sollte im Durchschnitt 10,08 Proz. betragen. Außerdem forderten die Unternehmer einen Abbau von drei Feiertagen.

Nicht besonders betont zu werden braucht, daß die Gewährung von Ferien für die Arbeiterchaft den Prinzipalen immer ein Dorn im Auge gewesen ist, obwohl bis auf ganz wenige Ausnahmen Ferienauslastungsstrafe niemals eingeführt wurden und die Arbeit von den Betrieb verbliebenen noch extra geleistet werden mußte. Aus diesem Bestreben heraus verhielten auch die Steindruckverbändler, gemäß ihren Auftraggebern, die Ferien für die Steindruckkollegen um je einen Tag zu kürzen. Doch unter diesen Umständen die Hilfsarbeitervertreter ablehnten, war selbstverständlich. Somit waren die Verhandlungen gescheitert und die Kollegenchaft hatte nimmere das Wort. In der Zwischenzeit hatte auch die Konjunktur wieder etwas angezogen, so daß in einzelnen Betrieben Ueberstunden verlangt wurden. In einer eingeleiteten Entschlieung lehnten die überaus vollständig in der Versammlung Erscheinenen nicht nur dieses Verlangen ab, sondern verpflichteten sich, so lange die Tarifstreitigkeit besteht, keine Ueberstunden zu leisten. Das hatte zur Folge, daß nach acht Wochen, am 6. September, erneut Verhandlungen stattfanden, die dazu führten, daß die Prinzipale die Lohnverpflichtungsanträge bei den Stein- und Zintzschleifern sowie bei dem männlichen Hilfspersonal zurückzogen. Auch wurde zugestanden, daß die gesamten Feiertage weiter bezahlt werden und die bisherigen Ferienbestimmungen in Kraft bleiben sollten. Bei dem weiblichen Hilfspersonal sollte der vorgeschlagene Lohnabbau unbedingt bestehen bleiben. Da trotz aller Bemühungen seitens der

Hilfsarbeitervertreter von den Prinzipalen in dieser Frage kein Entgegenkommen gezeigt wurde, mußten auch diese Verhandlungen nach funfenlänger Dauer als ergebnislos abgebrochen werden. Noch scharfer als zuvor traten die Gegensätze in den einzelnen Betrieben hervor. Verurtheilt doch hier und da einzelne Prinzipale, die neu in Arbeit getreten nach den von den Prinzipalen vorgeschlagenen neuen Lohnsätzen zu entlohnem. Durch seines Zusammenhalten der in Frage kommenden Betriebe war es dem Vertreter der Hilfsarbeiter möglich, auch diesen Ansturm abzuföhnen. Die ohne Arbeitsnachweis Eingestellten mußten wieder entlassen werden. Wieder wurden Verhandlungen anberaumt, und zwar auf den 23. September. Wieder wurden scharfe Auseinandersetzungen geführt um die Entlohnung unserer weiblichen Mitglieder, die dazu führten, eine Altersstufung, wie im Buchdruck, einzuföhren. Das ging den Prinzipalen nicht weit genug, sondern sie verlangten die Altersstufung genau so wie bei dem männlichen Hilfspersonal. Außer dieser für uns ganz unbilligen Forderung wurde noch ein ganz beträchtlicher Lohnabbau verlangt. Die über 24 Jahre alten Anlegerrinnen sollten ihren alten Lohn von 28 Mtl. weiter erhalten. Die nachfolgenden Altersstufen je 1,50 Mtl. weniger, was einen Abbau bis zu 4,50 Mtl. bedeutet hätte. Bei den Auslegerinnen war es dasselbe. Ganz besonders aber sollten die Hilfsarbeiterinnen daran glauben. Da wir von den Buchdruckerklassen nicht abgingen, die Lohnangebote überhaupt ablehnten, sahen sich nimmere die Prinzipale gezwungen, von ihrem Vorhaben abzugeben und auf das von uns vorgeschlagene einzugehen. Nach langer, harter Verhandlung kam dann eine Einigung dahingehend zustande, daß alle über 21 Jahre alten weiblichen Hilfskräfte ihren alten Lohn weiter erhalten sollten, ebenfalls die Auslegerinnen unter 18 Jahren. Nur bei den jüngeren Anlegerrinnen von 17 bis 19 Jahren, deren laut augenommener Statistik eine einzige in Leipzig vorhanden ist, war ein Lohn von 24 Mtl. und bei 15 Anlegerrinnen von 19 bis 21 Jahren ein solcher von 26 Mtl. vorgesehn. Die 43 Hilfsarbeiterinnen von 17 bis 19 Jahren und im Alter von 19 bis 21 Jahren, deren 53 vorhanden, sollten je 50 Pf. pro Woche ihres bisherigen Lohnes weniger erhalten. Hiervon ging ganz unabweislich hervor, daß die Prinzipale ihre sehr weit gesteckten Ziele nicht erreichen konnten, sondern im Gegentheil Schritt für Schritt zurückweichen mußten. Dennoch nun in den wichtigsten Fragen Einverständnis erzielt war, türmten sich immer wieder neue Schwierigkeiten auf, so bei der Kündigungsdauer für das Lithographenpersonal, besonders aber über die Lehrszeit für Hilfspersonal, über Bronzier- und Ruberzintzschleifung, über eine Sicherungslaufel für Kriegsbeschädigte, über die Lohnzahlung nach Feierabend, über eine Sicherungslaufel bei Betriebsunfällen und einiges andere. Da über alle diese Fragen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, mußten auch diese Verhandlungen trotz aller Bemühungen abgebrochen werden. Damit waren die Verhandlungen endgültig auf dem toten Punkt angekommen. Ausgenommene Verhandlungen mit dem Hauptvorstand führten dahin, daß nimmere die Kollegenchaft zur Selbsthilfe greifen mußte. Nun vermittelte die Gesidlenleitung in Leipzig und es gelang ihr, am 12. November eine unerbittliche Ausprache zwischen beiden Parteien herbeizuföhren. Es kam zur Einigung. Die Schlußverhandlungen fanden am 15. November statt. Biereinhalb Monate hatte der Kampf gedauert. In sechs Verhandlungen konnte endlich ein Abschluß erreicht werden. Vergleichen wir die Forderungen der Prinzipale mit dem Endergebnis, so brauchen wir uns dessen nicht zu schämen, denn auch bei den Bronzier- und Ruberzintzschleifern konnte die alle Entschädigung aufrechterhalten werden. An Verbesserungen sind aufgenommen worden die Gesidlenbestimmung über Wafsch-, An- und Ausleibezeit sowie die Ueberstundenbestimmungen bei Kurzarbeit. Der Manteltarif hat Gültigkeit bis zum 31. Mai 1927. Der Lohnabschluß bis zum 31. Januar 1927. Will die Kollegenchaft sich vor weiteren Verschlechterungen bewahren, dann muß sie aber auch fest zu ihrer Organisation stehen, alle gefassten Beschlüsse durchföhren und so wie die Unternehmer alle von ihrer Organisationsleitung herausgegebenen Parolen befolgen. Wenn das geschieht, dann ist auch diese kleine Scharfe bald wieder weitgemacht. Das neue Abkommen ist bereits den Kollegen und Kolleginnen bekanntgegeben.

Rundschau.

Das Verhältnis zwischen Betriebsleiter und Arbeiter. Die „Rheinisch-Westfälische Wirtschafts-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 18 unter der Rubrik „Fingerzeige“ folgendes: „Für das Gedeihen jedes Unternehmens ist es von grundlegender Bedeutung, daß Leiter und Arbeiter auf gutem Fuße miteinander stehen. Aber dies Verhältnis darf nicht als Gezwungenes haben, darf nicht nur der äußeren Form nach gut sein. Gerade Arbeiter besitzen ein außerordentlich feines „Witterungsvermögen“ und wissen genau zu unterscheiden, ob es sich im Grunde nur um freundliche Worte oder um wahrhaft menschliches Föhlen handelt.“ — Es wäre gut, wenn alle Betriebsleiter und Vorgesetzte diesen Fingerzeige beachten würden. Die heutigen Arbeiter und Angestellten besitzen in der Tat ein außerordentlich feines Witterungsvermögen. Die Schule der Arbeiterbewegung und ihr eigener Bildungsdrang tragen ihre Früchte. Und das ist gut so. Das Zeitalter der Knechtschaft ist endgültig dahin.

Steuerabzüge für Zeitschriftenaussträger. Von einem Finanzamt war ein Zeitschriftenverlag aufgefordert worden, das vorgeschriebene Lohnkonto für die Zeitschriftenaussträger zu föhren und den Steuerabzug vom Arbeitslohn vorzunehmen, da die beschäftigten Zeitschriftenaussträger in einem lohnfeuerpflichtigen Dienstverhältnis zu Verlagsfirmen ständen. Der Inhaber der Firma erhob Rechtsbeschwerde und beantragte, die Aussträger hätten nach einer ihnen mitgegebenen Liste den Abonnementen die Zeitschriften zu übermitteln und von den Abonnementen das Geld einzuziehen. Die Aussträger hätten sich die Zeitschriften aus den Geschäftsräumen der Firma abzuholen. Bisweilen blieben die Aussträger aus, suchten sich bei anderen Verlagsfirmen Beschäftigung oder machten sich selbständig. Die Abonnementen rüthten öfters nicht, daß die Aussträger die Zeitschriften von der Verlagsfirma erhielten. Die Provision, die die Aussträger betamen, reichte im allgemeinen zur Befreiung ihres Lebensunterhalts aus. Es sei aber den Aussträgern gestattet, wenn es ihre Zeit erlaube, auch noch andere Arbeiten zu verrichten, als Zeit-

schriften auszutragen. Für die Verlagsfirma sei es unmöglich, den Steuerabzug vorzunehmen, da es sich um eine Bruttoprovision handle, von welcher, um den Nettoverdienst zu ermitteln, noch die Spesen der Aussträger in Abzug gebracht werden müßten. Die Aussträger bestellten die Provision bei Ablieferung der Abonnementgelder gleich ein; die Verlagsfirma hätte nichts in den Händen, um den Steuerabzug zu decken. Der Reichsfinanzhof wies die Rechtsbeschwerde der Verlagsfirma ab und föhrte u. a. aus, entscheidend sei, ob die Aussträger nicht selbständige Arbeit verrichten. Gegen die Unselbständigkeit spreche nicht, daß die Aussträger ihre Tätigkeit jederzeit einstellen können, ohne daß die Verlagsfirma etwas dagegen tun könne. Es möge zutreffen, daß Verträge von längerer Dauer nicht in Betracht kommen. Selbst wenn die Aussträger noch andere Arbeit verrichten, sei die Annahme gleichwohl nicht gerechtfertigt, daß die Aussträger selbständig seien. Ein Aussträger könne für mehrere Verlagsfirmen tätig sein und noch selbstständig arbeiten. Ueberblich sei es, wenn die Abonnementen die Aussträger für selbständig halten. Maßgebend sei das Arbeitsverhältnis, wie es in Wirklichkeit bestehe; vorliegend sei unbedenklich ein unselbständiges Arbeitsverhältnis anzunehmen. Es fehle den Aussträgern die erforderliche Bewegungsfreiheit für selbständige Berufstätigkeit. Die Abhängigkeit der Aussträger ergebe sich aus der Tatsache, daß sie an die Befehle der Verlagsfirma gebunden seien und auf Grund einer Liste, die sie von der Verlagsfirma bekommen, den Abonnementen die Zeitschrift der Verlagsfirma zustellen. Der Umstand, daß die Aussträger Provision als Vergütung für ihre Tätigkeit empfangen, sei ohne Bedeutung für das Arbeitsverhältnis. Die Provision komme als Arbeitslohn in Frage, die Spesen der Aussträger gehören zu den Werbungskosten. Unmöglich sei der Steuerabzug in der Praxis keineswegs. Die Aussträger seien verpflichtet, auf Verlangen der Verlagsfirma den Teil der Provision abzuliefern, welcher zur Deckung des Steuerabzuges nötig sei. (IV A. 117 3. 25.)

Literatur.

Der Betriebsleiter als Schlichter und Schlichter. Ein Führer für Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern und die Frauen des westlichen Volkes. Zusammenfassung und Kritik der wichtigsten gefassten Bestimmungen über die Danenarbeitsarbeit. Berlin 1926. Verlag Neue Welle Deutschlands. 88 Seiten, Preis 0,80 Mtl.

Nicht alles kann die politische Tageszeitung bringen. Deshalb wird von der Sozialdemokratischen Partei durch Genossen Kuboff in Leipzig seit 3 Jahren eine wissenschaftliche Zeitschrift „Die Gesellschaft“ herausgegeben, die die wichtigsten Probleme des Sozialismus, der Politik und der Wirtschaft eingehend behandelt. Wer sich eingehend mit diesen Problemen beschäftigen, der verläumere nicht, diese wertvolle Zeitschrift zu abonnieren. Abonnementpreis vierteljährlich 4,50 Mtl. „Die Gesellschaft“ ist auch in Buchhandlungen zu haben. Vom laufenden Jahrgang ist der erste Band (6 Nummern) in schönem Cannelinenband erschienen. Preis 12 Mtl. „Die Gesellschaft“ kann durch die Buchhandlung und Postamt oder direkt vom Verlag S. B. W. Buchhandl., Berlin SW. 6, Lindenstr. 3, bezogen werden.

Sozialer Schicksal, eine Sammlung von sechs wiedererlebten Reden, Ansprachen und Entschlieungen, ist neben im Zentrum-Berlin in Graz in aller, verbeizierter und verbeizter Auflage erschienen. Ein wertvoller Beisatz für alle, die irgendwie mit der Arbeiter zu tun haben. Jeder findet in dem Buchlein seine Eigenheiten, die er selber nie für selber gehalten hat. In Kaufenden von Beisätzen wird alle Zweifelhaftigkeit und Unklarheit ausgeräumt. Die große Verbreitung spricht für die Richtigkeit des Buches.

Abrechnungen.

In der Woche vom 22. bis 27. November gingen für das dritte Quartal die Abrechnungen für Gau 1 aus Köln, Gau 5 aus Dresden, Gau 7a aus Breslau hier ein.

In derselben Zeit kamen an Geldsendungen aus Köln 11 145,20 Mtl., aus Dresden 14 534,20 Mtl., aus Hamburg 10 807,46 Mtl. Außerdem für das vierte Quartal aus Gau Thüringen 1000 Mtl., aus Gau 9 (Hannover) 1250 Mtl. und aus Bielefeld 500 Mtl.

Berlin, 27. November 1926. S. Bodahl.

Für die Woche vom 5. bis 11. Dezember ist die Beitragsmarke in das 48. Feld des Mitgliederbudes oder der Mitgliederkarte zu kleben.

Unserer lieben Kollegin Rosa Probst in Firma Woff u. Sohn (Druckereiabteilung) und ihrem wertigen Gemahl, Herrn Willy Seeger, zu ihrer am 27. November stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Zahlstelle Karlsruhe.

Unserer lieben Kollegin Gottfriedine Sied nebst Gemahl zu ihrer am 27. November stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Kiel.

Unserer lieben Kollegin Anna Wilken nebst Bräutigam die besten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Straßburg.

STERBETAFEL.

Am 25. November verstarb plötzlich unser lieber Kollege, der Hilfsarbeiter

Eduard Gubner
im Alter von 81 Jahren.

Ein ehrendes Andenken beizahrt ihm
Die Kollegenchaft
der Buchdruckerei Georg Köhler, Berlin.

Der unerbittliche Schnitter Tod entriß uns ganz plötzlich unsere frühere langjährige Vertrauensperson in der Firma Duden Rudolf,

Frau Alwine Kunold
geb. Reittig

im Alter von 88 Jahren.
Wir verlieren in der Verstorbenen ein eifriges Mitglied, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Zahlstelle Cassel.

Verantwortlich: Dr. Redaktion: A. Schulze, Charlottenburg, Westfälische Str. 18. Fernruf: Amt Berlin 1828. Verlag: S. Bodahl, Charlottenburg. Druck: Friedrichs-Verlag und Verlagsanstalt, Berlin S. B. W., Berlin SW. 6.